Erscheint Mittwochs. Red.-Schluß Sonntag.

Vierteljahrs-Abonnement 1,50 Goldmark.

Anzeigenpreis: 8 mm/m. Nonpareillezeile (Nachdruck verboten) 0,40 Goldmark. Stellenanz.-Anzeigen die Hälfte.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 408 Verlandt.u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1, 1 Zahlungen: Postscheckkonto: 3969 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 35 — Nürnberg, den 27. August 1924 — 38. Jahrgang

Aufruf

von Alfons Petzold.

Wir wollen eine neue, die bessere Zeit!
Nun Wohlan!
Es werde auch aus Asche, aus Schmutz und aus Leid,
Du Weib und Mann!

Wir wollen das Große, das Hehre der Welt!
Nun Wohlan!
Es stirnt unser Tun vom schmutzigen Geld,
Du Weib und Mann!

Wir wollen es wissen, was Mensch ist und heißt!
Nun Wohlan!
Es trübt von den Lippen den falschenden Geist,
Du Weib und Mann!

Wir wollen erlösen den einigen Sinn!
Nun Wohlan!
Es schafft in die Herzen den Himmel hinein!
Du Weib und Mann!

*

Am Höhepunkt der Wirtschaftskrise.

Die Wirtschaftskrise, welche bereits in den Wintermonaten der Konjunktur ihre Schatten warf und seit dem Frühjahr in der Form einer heftigen Geld-, Kredit- und Absatzkrise in Erscheinung trat, ist gegenwärtig schon völlig ausgereift. Sie hat einen furchtbaren Umfang erreicht. Es wäre geradezu müßig, die Industriezweige aufzuzählen, welche von der Krise nicht ergriffen wurden. Ist doch die ganze Volkswirtschaft in diese hineingerissen. Am schwersten scheint jedoch die Schwerindustrie getroffen zu sein, schon wegen ihrer überragenden Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben. Die Eisenerzgruben des Siegerlandes und des Lahn-Dill-Gebietes schließen eine nach der anderen ihre Betriebe. Im Bergbau kennzeichnen Feierschichten und Beurlaubungen, wenn nicht Entlassungen die Lage. Das Ruhrgebiet ist immer noch mit den Micum-Verträgen belastet. Am 1. August wurden zwar Erleichterungen in bezug auf die Ein- und Ausfuhrabgaben und die Kohlensteuer gewährt, die Hauptbelastung, die Lieferung der Reparationskohle, blieb aber in den früheren Mengen weiterbestehen. Wird nach Ablauf des kurzen Vertrages infolge der Londoner Vereinbarungen eine andere Regelung auf Grund von Sachlieferungsverträgen sofort eintreten? Niemand weiß es. Das Kohlensyndikat des Ruhrgebietes — Ruhrkohle A.-G. — wird aller Wahrscheinlichkeit nach auseinandergehen. Die Syndikatspreise werden auch jetzt schon nicht mehr eingehalten, die Absatzkrise zwingt die Syndikatsmitglieder zu Preisunterbietungen. Die im Juni vorgenommene Herabsetzung der Kohlenpreise um 20 Prozent hat weder zur Belebung des Absatzes noch zum Preisabbau in der übrigen Industrie geführt. Nur gegenüber dem Ausland ergäbe ein beträchtlicher Preisabbau. Ausländische Berichte belagen sich bereits wegen eines angeblichen deutschen Dumpings. Dennoch gelingt es nicht, die Ausfuhr wesentlich zu steigern. Das Ausland verschließt sich durch Zölle, Einfuhrverbote und hat selbst eine zumeist billig arbeitende Industrie entwickelt. Der Umstand, daß gegenwärtig neben England auch die Vereinigten Staaten und Frankreich durch die Krise ergriffen wurden, erhöht die deutschen Absatzschwierigkeiten im Ausland. Insbesondere beklagt sich die deutsche Maschinenindustrie wegen der amerikanischen Konkurrenz auf den ausländischen Märkten. Die bereits lange anhaltende Krise der Eisen- und Stahlindustrie hat eine weitere Verschärfung erfahren. Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat auf der Konferenz des Internationalen Metallarbeiterverbandes, die vor kurzem in Wien stattfand, erschreckende Angaben über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Metallindustrie mitgeteilt. Aber auch die Textilindustrie, vor einigen Monaten noch in voller Blüte, ist bereits zu Betriebseinstellungen und Einschränkungen geschritten. Die Bauindustrie liegt darnieder. 10 Prozent sämtlicher unterstützten Arbeitslosen sind vom Baugewerbe. Mehr noch als in der Industrie wurde der Großhandel lahmgelegt. Die Zahl der Konkurse war im Monat Juni die höchste, die in Deutschland in einem Monat je verzeichnet wurde. Sie betrug 1173. Die Kurzarbeit ist so weit verbreitet, daß einige Industriezweige, wie zum Beispiel die Bijouterieindustrie, einfach berichten, daß in ihr sämtliche Betriebe auf Kurzarbeit gestellt sind. Eine Unterstützung der Kurzarbeiter findet bekanntlich nicht mehr statt. Die Arbeitslosenunterstützung wurde sehr eingeschränkt und ihre Sätze sind fortschreitend gering.

Der Preisabbau, der für die Linderung der Krise nötig gewesen wäre, hat keine beträchtlichen Fortschritte gemacht. Die Lebenshaltungskosten blieben dank der Erhöhung der Getreidepreise und der Mieten im wesentlichen unverändert, ebenso die Großhandelspreise der Kapital- und Konsumgüter. Die Indexziffern der „Frankfurter Zeitung" zeigen Ende Juli gegenüber Mai und Juni eine nur sehr geringe Verminderung. Allerdings mußte sich der Kleinhandel infolge Geldschwierigkeiten seines Vorrates oft zu ermäßigten Preisen entledigen; was aber ausschlaggebend ist, blieben die Preise für Kapitalgüter, insbesondere für Holzfabrikate, auf einer Höhe, die die Linderung der Absatzkrise verhindern mußte. Die Preispolitik der Unternehmer wurde immer noch nicht radikal geändert. Hiezu treten die hohen Frachtsätze der Eisenbahnen, die dem Preisabbau noch entgegenstehen, die hohen Umsatzsteuern, die immer noch nicht ermäßigt wurden, und die Geld- und Kreditschwierigkeiten.

In bezug auf die Geldverhältnisse sind einige Veränderungen eingetreten, die jedoch die Düsterheit des Bildes nicht verschwinden lassen. Als scheinbarer Widerspruch gegenüber der unaeheuren Geldknappheit an Betriebsmitteln wurde das Geld in letzter Zeit beträchtlich billiger, insbesondere das tägliche Geld, aber auch das monatliche, in es bereicht auf dem Geld- und Kapitalmarkt geradezu eine Geldflüssigkeit. Die Auflösung dieses Rätsels ist, daß gegenwärtig, mehr noch als in den vergangenen Monaten, das Geld nur denen angeboten wird, die es nicht brauchen, vor den anderen wird es versperrt. Nur sogenannten „ersten Adressen" — mit der Unterschrift weiter erstklassiger Firmen und der Bürokratie einer Bank — werden von der Reichsbank und von dem in der letzten Zeit endlich entstandenen Privatdiskontmarkt mit Kredit bedacht. Die Einleger wollen mangels Vertrauens in die Wirtschaft ihre Gelder nur als tägliches Geld anlegen. Die Banken können ihrerseits, um ihre Liquidität zu wahren, diese Gelder auf längere Zeit nicht aber nur zum Teil ausleihen. Dadurch, daß die staatliche „Freigabe" auf Veranlassung der Reichsbank den Banken die Diskontmöglichkeit eröffnet hat, ist letzter Zeit ein Privatdiskontmarkt entstanden. Seine Grenzen sind jedoch eng gezogen. Die Banken nehmen ihn übrigens nicht in Anspruch, da sie, indem sie ihre Mittel nur für erstrangige Wechsel benutzen, selbst einen Geldüberfluß haben. Demnach ist im Kreditwesen eine Vertrauenskrise vorhanden, die, wenn sie nicht rechtzeitig behoben wird, den Zusammenbruch noch vieler tausender Betriebe herbeiführen muß. Die nicht „erstklassigen" Unternehmer, wenn sie auch Geld auf 60—70 Prozent behalten können, müssen sich überlegen, ob ihre Produktion — insbesondere mit Rücksicht auf den zu erwartenden Preisabbau — die enorme Zinsenlast tragen kann. Der Aktienmarkt hat sich in der letzten Zeit unter dem Einfluß günstiger Nachrichten von der Londoner Konferenz erholt und einen beträchtlichen Teil der seit Januar erlittenen Verluste wieder einnebracht. Am meisten trifft dies bei den Aktien zu, wo die betreffenden Unternehmer ihre Goldbilanz bereits veröffentlichten, wodurch ein gewisser Einblick in die Verhältnisse dieser Gesellschaften gewährt wird. Indem aber die unglückselige Aufwertungsfrage der Schulden immer noch in Schwebe ist, können sich die meisten Unternehmungen zur Veröffentlichung ihrer Goldbilanzen zum großen Schaden der Volkswirtschaft nicht entschließen. Die deutschnationalen Wahlversprechungen in bezug auf die Aufwertung haben auch in diesem Punkt ihre üblen Folgen gezeitigt.

Unter sämtlichen Produktionszweigen ist es nur die Landwirtschaft, deren Lage sich in letzterer Zeit verbessert hat. Die Weltgetreidepreise sind in die Höhe gegangen, was in Verbindung mit der Freigabe der landwirtschaftlichen Ausfuhr auch zur Erhöhung der deutschen Preislage führte. Auch wird die Versorgung der Landwirtschaft mit Betriebsmitteln erleichtert. Die Reichsbank hat mittels der Seehandlung neue Kredite der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt. Nach der Errichtung der Goldnotenbank soll die Rentenbank in den Dienst der Landwirtschaft gestellt werden, damit diese wieder Hypothekenkredite erhalte. Dieser Plan ist nicht glücklich, da für Hypothekenkredite, in dem Maße, als die Ansammlung der Kapitalien vor sich gehen wird, auch die bestehenden landwirtschaftlichen Geldinstitute genügen dürften. Die Rentenbank aber, die auf die Belastung der Landwirtschaft fundiert ist, könnte besser zur Beschaffung beziehungsweise Garantierung ausländischer Kredite, die die ganze deutsche Volkswirtschaft nötig hat, benützt werden. Es soll noch der Versuch des Landbundes, durch Errichtung einer eigenen großen Brotfabrik in Berlin den Zwischenhandel auszuschalten, erwähnt werden. Der Plan unmittelbarer Viehlieferung und Butterhandels durch den Landbund wurde gleichfalls erörtert. Angesichts der Gesamtlage, insbesondere der Erhöhung der Weltgetreidepreise, ist die jüngst erfolgte Erklärung der Regierung, derzufolge sie geschlossen hinter den Agrarschutzzöllen steht, ein nicht zu verantwortliches Vorgehen. Der Liebesdienst an die Deutschnationale Partei wird das Elend der deutschen Bevölkerung durch weitere Verteuerung des täglichen Brotes noch vergrößern.

Dieses Elend ist aber himmelschreiend. Wie zitieren die „Frankfurter Zeitung": „Sozialpolitik und soziales Gefühl sind in der jetzigen Krise mit vielem anderen abgebaut worden. Die ausgesteuerten Arbeitslosigkeit und unterstützenden Unterstützungssätzen, die Kurzarbeiten, völlig ungenügende Entlohnung in Verbindung mit verlängerter Arbeitszeit und der gleichzeitigen Heranbildung eines rücksichtslosen Antreibesystems äußern sich in erschreckend ansteigenden Krankheitsziffern. Unterernährung, Blutarmut und Erschöpfung nehmen zu und drohen die Arbeitskraft zu zerrütten. Die Unglücksfälle in den Bergwerken haben sich in der letzten Zeit in furchtbarer Weise vermehrt. Die Abwanderung hochqualifizierter Arbeiter setzt sich fort. Wer kann bei einiger Ueberlegung ernsthaft glauben, daß auf diese Weise mit diesem Raubbau an der Arbeitskraft Volk und Wirtschaft zur Gesundung kommen können?"

Ö.

Neue Hochschutzzölle — Weitere Verelendung.

Die sozialistenreine Reichsregierung hat eine Schutzzollvorlage ausgearbeitet, die sofort den lebhaftesten Widerspruch der freien Gewerkschaften fand. Begründet wird diese Vorlage mit der Notlage der Landwirtschaft, in erster Linie sollen durch die Zölle die Produkte der Landwirtschaft „geschützt" werden. Die Vertreter der freien Gewerkschaften wiesen in einer Besprechung mit dem Ernährungsminister auf die starke Vorbelastung des Einkommens der Arbeiter und Angestellten hin, die nach einer Berechnung des Reichsarbeitsministers Brauns 16 bis 18 Prozent beträgt. Der Landwirtschaft, soweit sie wirklich Not leidet, könne durch Schutzzölle nicht geholfen werden. Genosse Knoll vom Bundesvorstand brachte zum Schluß noch einmal die Stellung der freien Gewerkschaften zum Ausdruck:

Unter keinen Umständen Schutzzölle!

Es bleibt zu untersuchen, ob die Gewerkschaften außer moralischen und sozialen Gründen auch volkswirtschaftliche ins Feld führen können. Prüfen wir deshalb etwas eingehender die Schutzzölle und ihre Wirkung.

Allgemeines.

Jeder Schutzzoll hat den Zweck, die aus dem Auslande eingeführte Ware zu verteuern; wird dieser Effekt nicht erreicht, so verfehlt der Schutzzoll seinen Zweck; die Verteuerung der aus dem Auslande eingeführten Ware soll ermöglichen, den Preis des betreffenden Artikels, auch soweit er im Inlande produziert wird, zu erhöhen. So soll der Schutzzoll das Inlandprodukt „schützen".

Ob nun durch den Schutzzoll eine Verteuerung der ausländischen Ware eintritt, das ist ganz abhängig von der Frage ob Vorrat und inländische Produktion imstande sind, den Bedarf des Inlandes zu decken. Braucht das Inland zur Deckung seines Bedarfs nicht die ausländische Zufuhr, so wird der ausländische Verkäufer betrebt sein, sich seine bisherige Kundschaft und damit das Absatzgebiet für seine Ware zu erhalten. Er wird sich deshalb dazu verstehen müssen, die durch den Zoll hervorgerufene Preisdifferenz zwischen inländischer und ausländischer Ware ganz oder teilweise dadurch auszugleichen, daß er den Preis seiner Ware niedriger bemißt, als er ihn bemessen haben würde, wenn die Zollabgabe für seine Ware nicht verlangt wurde. In diesem Falle trägt also der ausländische Warenlieferant ganz oder teilweise den Zoll. Ja, diese Tatsache kann vorübergehend auch dann eintreten, wenn die inländische Produktion den Bedarf nicht deckt, aber die in Aussicht gewesene Einführung oder Erhöhung des Zolles Veranlassung war, vor diesem Zeitpunkte noch zollfrei oder zu niedrigerem Zoll so große Vorräte ins Land zu werfen, daß mit ihnen und der inländischen Produktion der Bedarf auf gewisse Zeit hinaus ausreichend gedeckt ist. Auch in diesem Falle wird der ausländische Warenlieferant, wenn er noch weiter exportieren will, den neuen Zoll oder die Zollerhöhung zumeist selbst tragen müssen. Der Zoll wirkt also auch hier zunächst nur als Finanzzoll, als Steuerzoll; der beabsichtigte volkswirtschaftliche Zweck, die Schaffung günstigen für die inländische Produktion günstiger zu gestalten, ist zunächst nicht erreicht worden.

Allmählich ändert sich aber das Bild, wenn der anfängliche Vorrat schwindet, wenn der Bedarf nicht mehr im Auslande gedeckt werden kann. Von dem Zeitpunkte ab, wo der ausländische Warenlieferant erkennt daß seine Einfuhr notwendig gebraucht wird, ist er versteht, im höheren Preise der Ware sich auch die Zollabgabe mit ersetzen zu lassen. Sobald also die freude bezahlte Einfuhr zur Deckung des Marktbedarfs notwendig ist, kann auch der inländische Produzent aus der eintretenden Verteuerung der Warenpreise für sich Vorteil ziehen und für seine eigenen Waren höhere Preise fordern. Vom Inlande, das heißt von den Konsumenten des Inlandes, wird jetzt nicht nur die Zollabgabe für die aus dem Auslande eingeführten Waren bezahlt, sondern auch die Preiserhöhung für die gelamte inländische Produktion. Erst in der allgemeinen Verteuerung hat der „Schutzzoll" seinen Zweck erfüllt. Es ezgibt sich also: Ohne jede Wirkung auf die Preise im Inlande wird der Zoll bleiben, wenn das Land neben der eigenen Produktion einen ausländischen Zuschuß überhaupt nicht gebraucht, sondern den Bedarf selbst zu decken imstande ist. Die Wirkung des Zolles steigt, je größer der Bedarf ist, je mehr das Inland als Käufer der ausländischen Ware auf dem Weltmarkt auftritt.

Die Getreidezölle im besonderen.

Am bedeutungsvollsten für die breite Bevölkerung sind die Zölle auf die Nahrungsmittel, insbesondere die Getreidezölle. Mit ebenso großer Beharrlichkeit wie Lungenkraft schreien die Agrarier nach hohen Schutzzollen, weil bei der „gegenwärtigen Lage" der Landwirtschaft angeblich nicht mehr die Produktionskosten erreicht wurden, d. h. die Herren Landwirte setzen angeblich ihr schönes Geld zu. Um die Berechtigung der hochschutzzöllnerischen Bestrebungen unserer Agrarier beurteilen zu können, haben wir zweierlei zu untersuchen: nämlich wie die Getreidezölle auf den Getreidepreis wirken und wie sie auf die Landwirtschaft als solche wirken. Wie bereits oben ausgeführt, hängt die Wirkung des Zolles ab von der Frage, ob der Bedarf im Lande gedeckt wird durch die eigene Produktion. Diese Frage ist in Deutschland beim Getreide mit absoluter Sicherheit zu verneien! Es sind recht erhebliche Mengen, die Deutschland dauernd aus dem Auslande braucht. Und dieser Bedarf muß in Zukunft noch mehr steigen, da die Anbaufläche so gut wie unverändert bleibt, während die Zahl der Konsumenten fortgesetzt steigt! Unter all diesen Umständen ist es natürlich, daß bei längerer Dauer des Schutzzolles die Getreidepreise in Deutschland fast um den vollen Betrag des Zolles höher werden als Auslandspreis und Frachtaufschlag.

Allerdings kann die Wirkung des Zolles in den einzelnen Jahren verschieden stark sein. Ist in Deutschland die Ernte gut gewesen, so werden die deutschen Händler im Auslande wenig Nachfrage halten, selbst wenn dort Ueberfluß vorhanden ist. In diesem Falle müssen die Ausländer bestrebt sein, ihr überflüssiges Getreide hier abzusetzen, und sie werden deshalb im Preise nachlassen, nur um ihre Ware los zu werden. Mit andern Worten: In diesem Falle werden die Ausländer einen Teil des Zolles auf sich nehmen. Wenn aber umgekehrt Deutschland infolge schlechter Ernte einer bedeutenden Zufuhr aus dem Auslande bedarf, während auch im Auslande kein Ueberfluß vorhanden ist, so werden die nachfragenden deutschen Händler nicht nur auf dem Weltmarkte die Preise in die Höhe treiben, sondern sie werden sich auch im Inlande den Zoll ganz ersetzen lassen, ja in ihren Mehrforderungen noch über den Betrag des Zolles hinausgehen können. Die Preisdifferenz zwischen In- und Ausland kann also zuweilen nicht nur dem vollen Zollbetrag entsprechen, sondern sogar noch größer sein. Dieser Preisbewegung folgt natürlich auch das im Inlande erbaute Getreide. Das von den Agrariern mit dem „Schutzzoll" angestrebte Ziel wird so erreicht. Die Landwirte haben den Vorteil, die Konsumenten den Nachteil.

Wie wirkt nun der Getreidezoll auf die Landwirtschaft als solche?

Es kann zugegeben werden, daß auch in Deutschland eine sogenannte Agrarkrise besteht: eine andre Frage aber ist, ob diese durch Getreidezölle behoben werden kann. Das ist nicht der Fall. Die künstliche Preiserhöhung durch den Zoll kommt zwar zunächst dem wirtschaftenden Landwirt zugute, falls er überhaupt Getreide verkaufen kann. Der Pächter erzielt einen höheren Ertrag, während seine Pachtsumme vorläufig unverändert bleibt. Der selbst die Landwirtschaft treibende Grundbesitzer entrichtet, falls überhaupt noch Hypotheken auf seinen Grundstücken lasten, die gleichen Hypothekenzinsen wie bisher, seine Einnahmen aber sind durch den höheren Getreidepreis gewachsen. Dem wirtschaftenden Landwirt ist also geholfen — aber nur für verhältnismäßig kurze Zeit! Das ganze Bild ändert sich sehr bald. Besteht nämlich der Zoll einige Zeit und damit der höhere Getreidepreis, so geht auch die Pachtsumme in die Höhe, denn es steigt infolge der höheren Getreidepreise der Wert des Grund und Bodens. Derjenige Grundbesitzer, der im Momente der Aufteuung des Getreidezolles den Grund und Boden in der Hand hat, macht einen der Preissteigerung entsprechenden Gewinn, sein Grundstück erlangt einen höheren Kapitalswert, der Getreidezoll ist für ihn eine Kapitalschenkung! Der neue Pächter aber oder der Käufer, der auf Grund der erhöhten Preise des Getreides mehr Pacht oder eine größere Kaufsumme zahlt, bezieht dann einen entsprechenden Vorteil von dem Zoll nicht mehr. Er wirtschaftet unter denselben bedrangten Verhältnissen wie sein Vorgänger vor Einführung des Getreidezolles. In sehr zahlreichen Fällen kommt also die Steigerung des Getreidepreises nicht dem landwirtschaftlichen Betriebe, sondern nur dem momentanen Grundbesitzer zugute. Die großen Grundbesitzer wissen also, weshalb sie hohe Getreidezölle verlangen.

Dem beklagten „schreienden Notstand" der Landwirtschaft würde unter den geschilderten Umständen nur durch eine stetige, von Zeit zu Zeit fortgesetzte bzw. erneuerte Erhöhung der Getreidezölle abzuhelfen sein. Vernunftigerweise kann hieran nicht gedacht werden.

Die sogenannte Agrarkrisis in Deutschland besteht in Wirklichkeit darin, daß schon bisher die Pacht- und Kaufpreise für landwirtschaftliches Areal auf einer unnatürlichen Höhe erhalten worden sind, auf die sie durch die hohen Getreidepreise im Anfang der siebziger Jahre hinaufgeschraubt worden sind. Die notwendige Gesundung von diesen Verhältnissen kann durch neue Getreidezölle nur aufgehalten werden. Das notwendig ist, das ist eine erhebliche Reduktion im Preise des Grund und Bodens und in der Pacht, wie sie sich beispielsweise in England schon längst vollzogen hat. Tritt eine solch wesentliche Reduktion wie in England bei uns ein, so wird nicht mehr, wie es jetzt geschieht behauptet werden können, der Getreidepreis decke die Produktionsko-

kosten nicht, in die der Landwirt nämlich auch die Pacht bzw. die Verzinsung seiner Kaufsumme mit hineinrechnet.

Gegen die notwendige Reduktion der Pacht und des Preises des ländlichen Grund und Bodens wehren sich aber die Herren notleidenden Grundbesitzer; sie behaupten vielmehr, daß es Aufgabe des Staates sei, eine Entwertung des Grund und Bodens zu verhindern, weil sonst das Nationalvermögen geschädigt werde. Das ist der reine Unfug. Die Herren Großgrundbesitzer verwechseln hier ihr persönliches Interesse mit dem der Gesamtheit. Es liegt auf der Hand, daß der wirtschaftende Landwirt, insbesondere der Pächter, ein wesentliches Interesse daran hat, daß ihm das Land als eins der wichtigsten Produktionsmittel möglichst billig zugänglich ist; eine zu hohe Bewertung des Landes kann nicht nur den ganzen landwirtschaftlichen Betrieb unrentabel, sondern auch den wirtschaftenden Landwirt bankrott machen.

Und tritt die Entwertung des Grund und Bodens ein infolge Sinkens der Getreidepreise, so steht dem Verluste des Großgrundbesitzers auf der anderen Seite der große Vorteil gegenüber, den die Masse der Bevölkerung aus den billigeren Getreidepreisen hat, wie auch anderseits die konsumierende Volksmasse für die Wertsteigerung des Grund und Bodens mit fortdauernden erheblichen Opfern zu büßen hat. Im Interesse des „Nationalvermögens", des Volkswohlstandes sind natürlich billige Getreidepreise! Was die Agrarier verlangen, das ist, daß ihnen der Staat durch hohe Getreidezölle die Wertsumme ihres Landes garantiert, die sie entweder dem Vorbesitzer des Landes gezahlt haben, oder die sie selbst dem Lande zugeschätzt haben und bei einem zukünftigen Verkaufe verlangen wollen.

Der Schwerpunkt der Wirkung des Getreidezolles auf die ganze Volkswirtschaft liegt in der Belastung der Konsumenten und insbesondere der besitzlosen Volksklassen mit geringem Einkommen. Der Zoll, der den Getreidepreis erhöht, verringert die Kaufkraft des Lohnes des einfachen Arbeiters. Ein neuaufgelegter Getreidezoll hat dieselbe Wirkung wie eine Kürzung des Arbeitslohnes, und es bedarf günstiger Konjunkturen, um für den Arbeiter eine Lohnerhöhung zu erwirken. Nur unter harten Kämpfen und vielen Entbehrungen ist ein solcher Ausgleich möglich.

Wieviel landwirtschaftliche Betriebe profitieren von dem Getreidezoll?

Sehr interessant ist auch die Feststellung, wem eigentlich, d. h. wieviel Landwirten die Getreidezölle zugute kommen können. Einen Vorteil hat nur der Landwirt, der mehr Getreide produziert als er selbst gebraucht, und das ist erst bei einem Umfange der Ackerfläche von mindestens zwei Hektaren der Fall. Nach einer Erhebung von 1895 gab es im ganzen 5,560,000 landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland. Davon waren

3,260,000 = 58,2 Prozent der Betriebe mit weniger als 2 Hektar,
981,000 = 17,6 Prozent der Betriebe mit 2 bis 5 Hektar und
1,223,106 = 24,2 Prozent der Betriebe mit mehr als 5 Hektar.

Angenommen, daß alle Betriebe mit 2 bis 5 Hektar schon Interesse an den Getreidezöllen hätten, was aber nicht der Fall ist, so würden sie etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Vorteil bringen, der andere Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerungen, ebenfalls etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ist nicht interessiert, während drei Fünftel die Last zu tragen haben. Die arbeitende Bevölkerung und die kleinen Handels- und Gewerbetreibenden werden natürlich davon am meisten betroffen, und zwar nicht nur im Verhältnis zu ihrem Einkommen, sondern auch absolut, da erwiesenermaßen die besitzlose Bevölkerung mehr Getreide verbraucht als die wohlhabende.

Schlußergebnis.

Professor Dr. Conrad von der Universität Halle sagt am Schlusse einer Abhandlung über die Getreidezölle, der wir in der Hauptsache die vorstehenden Darlegungen entnommen haben, folgendes:

Die Getreidezölle schließen viel größere Lasten und Ungerechtigkeiten für die Bevölkerung in sich als die sonstigen Zollauflagen; sie bedrücken den am wenigsten leistungsfähigen Teil der Bevölkerung am meisten. Sie kommen nur einem kleinen Teil der Produzenten zugute und nützen am meisten dem momentanen Besitzer und nicht nachhaltig dem landwirtschaftlichen Betriebe. Die Hauptwirkung kommt auf eine Erhöhung des Grundwertes hinaus.

Dies klare Schlußergebnis der Untersuchung der Getreidezölle bestätigt vollkommen die Richtigkeit der Gegnerschaft, die die freien Gewerkschaften den Getreidezöllen von jeher bereitet haben. Fort mit den Getreidezöllen! Fort mit den Nahrungsmittelzöllen überhaupt! Das muß auch fürderhin unsre Parole bleiben!

Der Getreidering.

Die Weltmarktpreise für Weizen und andere Getreidesorten sind im Steigen begriffen und haben eine sehr beträchtliche Höhe erklommen. Das Brot von Millionen wurde verteuert. Man mutet die Preiserhöhung der schlechten Welternte zu, die aber keineswegs sicher ist und einstweilen nur auf Schätzungen beruht. Auch sind noch vom vorigen Jahr beträchtliche Vorräte vorhanden. Tatsache ist dagegen in Amerika die Gründung eines gewaltigen Getreideringes, einer großen Verschwörerbande gegen das Wohlergehen der europäischen Bevölkerung. In der „Neuen Freien Presse" wird das Zustandekommen dieses Getreideringes in Newyork, wo die Weltgetreidepreise auf Grund der Preisentwicklung in den Vereinigten Staaten und Kanada bestimmt werden, geschildert. Auf Grund von Berichten, laut welchen Amerika und Kanada von einer Hitzwelle überflutet wurden, gingen die Preise um 3 Cents pro Bushel in die Höhe. Daraufhin hat sich ein Getreidering gebildet, zuerst nur aus Teilnehmern des Getreidehandels. Einige Tage später gab es ausgiebigen Regen, doch hat die Propaganda des Getreideringes durch die Presse verbreiten lassen, daß der Regen verspätet erfolgte und die Schäden nicht mehr wettmachen konnte. Eine Reihe von Spekulanten ist auf den Plan getreten, darunter viele außerhalb des Getreidehandels stehende Geschäftsleute und die Großbanken. Diese haben den Getreidering festgefügt. Die Verkäufe nach Europa — der europäische Getreidehandel hat, um sich rechtzeitig einzudecken, zuerst große Einkäufe getätigt — wurden durch den Ring eingestellt und seit der Zeit diktiert der Ring unbehindert die Preise. Der Anschluß der Großbanken an den Getreidering wird allgemein aus politischen Motiven erklärt. Sie kämpfen für die Präsidentschaft des konservativen Coolidge, welcher Vertreter des Großkapitals ist. Der progressive Kandidat La Follette stützt sich in erster Linie auf die Unterstützung der kleinen Landwirte. Gelingt es den Großbanken, die Getreidepreise mit Hilfe des Getreideringes hochzuhalten, so hoffen sie die Farmer von La Follette abtrünnig zu machen und sie für die Republikanische Partei zu gewinnen.

Erwerbslosenunterstützung.

Bei der Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge im Reichstag bleibt das wenige Erreichte weit hinter dem zurück, was die Arbeiterparteien gefordert hatten, was aber angesichts der ungeheuren Arbeitslosennot als unbedingt erforderlich erscheint. Die Hauptunterstützung soll um 25 Prozent, die Familienunterstützung um 50 Prozent erhöht werden. Es gelang noch durchzusetzen, daß die Unterstützung der Arbeitslosen im Krankheitsfall der sonstigen gleichgestellt wird. Außerdem konnte ein geschicktes Vorgehen unserer Genossen im Ausschuß die Gleichstellung der als Haupternährerin der Familie zu betrachtenden Frauen durchgesetzt und die Herabsetzung der Altersgrenze für den Anspruch auf Unterstützung von 18 auf 17 Jahre erreicht werden. (Der Antrag der Arbeitervertreter lautete auf 16 Jahre.)

Die Kurzarbeiter gingen so gut wie leer aus. Die rückschrittliche Reichstagsmehrheit ließ es bezüglich der Kurzarbeiterunterstützung bei dem Ermessen der Länder. Eine Verordnung vom 12. August bestimmt lediglich, daß die Oberste Landesbehörde bestimmen kann, daß „leistungsschwachen" Bezirksfürsorgeverbänden (besonders belastete Gemeinden) auf ihren Antrag durch Abzweigungen aus dem Beitragsaufkommen der Erwerbslosenfürsorge Mittel zur Kurzarbeiterunterstützung zugeführt werden können. Diese Zuschüsse sind aber auf 10 Prozent des Beitragsaufkommens beschränkt. Die Mitgliedschaften, wo Kurzarbeit besteht, müssen also im Interesse der Kurzarbeiter erneut mit Anträgen auf Unterstützung an die Gemeinden herantreten.

In Sachsen ist man nun von sich aus etwas weiter gegangen. Sämtliche Großstädte Sachsens und auch ein Teil der Mittelstädte haben sich dahin geeinigt, daß auf Grund von § 3 der Erwerbslosenverordnung die Kurzarbeit als teilweise Erwerbslosigkeit angegeben und Teilerwerbslosenunterstützung gegeben wird. Unterstützt wird derjenige Kurzarbeiter, dessen Verdienst nicht höher ist, als 5 M über dem ihm im Falle der vorliegenden Erwerbslosigkeit zustehenden Wochenunterstützungssatze, sofern er verheiratet ist. Bei Ledigen kommt eine Unterstützung nur dann in Betracht, wenn der Verdienst den um 3 M erhöhten Wochenunterstützungssatz nicht erreicht. Als Unterstützung gilt der Unterschiedsbetrag zwischen dem Einkommen und den angegebenen Sätzen.

Weiter unten geben wir die durch das Reichsarbeitsministerium nun veröffentlichten neuen Höchstsätze für die Erwerbslosenunterstützung bekannt.

Die Erhöhung der Unterstützungssätze bleibt aber hinter 25 Proz. zurück; sie beträgt in der Regel nur 20 Prozent. Auch bezüglich der Familienunterstützung hätte man nach den Beschlüssen des Reichstags mehr erwartet. Vor allem zeigt sich die schreiende Ungerechtigkeit, daß der Familienzuschlag für Frauen bei der Höhe der Hauptunterstützung seine Grenze findet, währenddem er bei den Männern den anderthalbfachen Betrag erreichen darf. Dadurch werden eine große Reihe von Arbeiterinnen benachteiligt. Die ablehnende Haltung der Regierung in Sachen der Kurzarbeiterunterstützung, die Ausschaltung der Jugendlichen unter 17 Jahren von der Unterstützung und die Unzulänglichkeit auch dieser neuen Unterstützungssätze beweisen wiederum, daß bei den maßgebenden Stellen das Empfinden fehlt, der Arbeitslosennot tatsächlich und durchgreifend zu begegnen.

1. Die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge

betragen vom 11. August ab wochentäglich

	A	B	C	D u. E	
im Wirtschaftsgebiet I (Osten) — in den Orten der Ortsklassen					
1. für männliche Personen					
a) über 21 Jahre	90	84	78	72	Rentenpfg.
b) unter 21 Jahren	54	50	46	42	"
2. für weibliche Personen					
a) über 21 Jahre	80	75	70	65	"
b) unter 21 Jahren	48	44	40	36	"
3. als Familienzuschläge für					
a) den Ehegatten	30	28	26	24	"
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	22	21	20	19	"
im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)					
1. für männliche Personen					
a) über 21 Jahre	100	93	86	79	"
b) unter 21 Jahren	60	56	52	48	"
2. für weibliche Personen					
a) über 21 Jahre	90	84	78	72	"
b) unter 21 Jahren	55	51	47	43	"
3. als Familienzuschläge für					
a) den Ehegatten	35	33	31	29	"
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	26	23	21	19	"
im Wirtschaftsgebiet III (Westen)					
1. für männliche Personen					
a) über 21 Jahre	110	102	94	86	"
b) unter 21 Jahren	66	62	58	54	"
2. für weibliche Personen					
a) über 21 Jahre	100	93	86	79	"
b) unter 21 Jahren	60	56	52	48	"
3. als Familienzuschläge für					
a) den Ehegatten	38	35	32	29	"
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	27	25	23	21	"

2. Die Grenzen der drei Wirtschaftsgebiete fallen mit denen zusammen, die für die Bemessung der Reichsarbeiterlöhne aufgeteilt sind.

3. Für weibliche Erwerbslose über 21 Jahre, die nachweisen, daß sie Familienangehörige zu ernähren haben, gelten dieselben Höchstsätze wie für Männer über 21 Jahre.

4. Die Familienzuschläge (Nr. 1, 3) dürfen insgesamt das Anderthalbfache der Hauptunterstützung (Nr. 1, 1 u. 2), im Falle der Nr. 3 die Hauptunterstützung nicht übersteigen.

5. Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Reinverdienst vergleichbarer Arbeitnehmergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge auch, abgesehen vom Falle der Nr. 3, die Hauptunterstützung nicht übersteigen.

6. Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Hausstand lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen insgesamt das Zweieinhalbfache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zusteht. Der Vorstand der Familie gilt im Sinne dieser Bestimmung als ihr Mitglied.

7. Sind Pfennigbeträge auszuzahlen, die nicht durch 5 teilbar sind, so können sie auf den nächsthöheren durch 5 teilbaren Betrag aufgerundet werden.

8. Mit dem Inkrafttreten dieser Anordnung tritt die Anordnung über die Höchstsätze in der Erwerbslosenfürsorge vom 25. April 1924 außer Kraft.

„Christliche" Arbeitnehmervertretung.

1. Erwerbslosenfürsorge. Die Deutschnationalen beantragten im Reichstag, die Grundbeträge der Unterstützungssätze für Erwerbslose bestehen zu lassen und nur die Familienzuschläge zu verdoppeln, d. h. also, daß sie die ohne ihre Schuld erwerbslos Gewordenen mit Beträgen unterstützen wollen, die ungefähr auf der Höhe der Armenunterstützung stehen, obwohl die Unterstützungsgelder fast zur Hälfte von den Arbeitnehmern aufgebracht werden. — Wir weisen darauf hin, daß in der Deutschnationalen Partei elf Vertreter der „christlichen" Organisationen sitzen.

2. Arbeitszeit. Die Deutschnationalen beantragten im Reichstag: „Der Reichstag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, die Vorlage des Washingtoner Abkommens zur Ratifizierung zu unterlassen und die Mitgliedschaft Deutschlands im Internationalen Arbeitsamt in Genf angesichts der dort dauernd geübten Brüskierung der deutschen Sache zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen." Die Deutschnationalen wollen also vom Achtstundentag und von Sozialpolitik überhaupt nichts wissen und sagen deshalb dem Internationalen Arbeitsamt den Kampf an. — In der deutschnationalen Partei sitzen elf Vertreter der „christlichen" Organisationen!

Volksfürsorge.

In der 11. Generalversammlung am 16. Juni in Hamburg waren 110 Aktionäre mit einem Aktienkapital von 3,786,000 M vertreten. Im Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates wurde darauf verwiesen, daß sich die Volksfürsorge im November 1923 auf Rentenmark umgestellt habe. Obgleich ein genaues Bild über den Grad der Umstellung noch nicht

Ein Brief aus Amerika.

Ein Kollege, bisher in Deutschland beschäftigt, der im Frühjahr nach Amerika auswanderte, um dort sein Glück zu versuchen, teilt uns seine Eindrücke mit, die er von dem dortigen Leben und Treiben, insbesondere den Berufsverhältnissen gewonnen hat. Diese Eindrücke sind im allgemeinen keine günstigen. Insbesondere findet man wieder die Tatsache bestätigt, daß es dem deutschen Auswanderer auch in Nordamerika äußerst schwer gemacht wird, sich dort einleben zu können. Der Kollege bestätigt eine alte Wahrnehmung, daß die amerikanischen Löhne an Kaufkraft die deutschen Löhne übertrumpfen. Der amerikanische Arbeiter lebte entschieden besser als der deutsche, schon als wir noch normale Verhältnisse hatten, heute natürlich ist das erst recht der Fall.

Die Geschäftslage in der amerikanischen Schuhindustrie scheint nach den Schilderungen ebenfalls seit Monaten schon eine äußerst gedrückte zu sein, wenn man von New-York, wo der betreffende Kollege Arbeit gefunden hat, Rückschlüsse auf die gesamte amerikanische Schuhindustrie ziehen darf. (Der Hauptsitz der amerikanischen Schuhindustrie befindet sich bekanntlich im Staate Massachusetts.) Jedenfalls hat unzweifelhaft die Schuhindustrie in den Riesenstädten New-York und Brooklyn schon seit Monaten eine schwere Geschäftskrise zu bestehen.

Was unser Freund über amerikanische Zustände, insbesondere das geistige und politische Leben sagt, erscheint ebenfalls nicht verlockend. Schon mancher, der die Fahrt über den großen Teich unternommen hat, hat ähnliche Erfahrungen machen müssen. Die Verhältnisse in Amerika wirken umso befremdender, wenn der Einwandernde die englische Sprache nicht beherrscht. Jedenfalls sind nachfolgende Schilderungen unter den ersten Eindrücken geschrieben. Bei dieser Kritik kommen auch die alten, früher eingewanderten Deutsch-Amerikaner nicht gut weg. Doch lassen wir nun den Kollegen selbst sprechen. Nach einigen kritischen Bemerkungen über die jüngste politische Entwicklung in Deutschland faßt er seine in Amerika bisher gewonnenen Eindrücke in folgende Zeilen:

„Wir haben hier andauernd in der Schuhindustrie einen so schlechten Geschäftsgang, daß sich die ältesten Leute nicht erinnern können, jemals so wenig Arbeit gehabt zu haben. Viele Fabriken — es gibt deren in Brooklyn wie es heißt zirka 700 — sollen gesperrt haben. Diese Geschäftskrise soll nach allgemeiner Ansicht sicher bis März nächsten Jahres anhalten, d. h. bis zu dem Zeitpunkt mit welchem der neue Präsident im Amte ist. Es heißt, daß von dieser Wahl, oder vielmehr davon welche Partei im November ans Ruder kommt, der Geschäftsgang wesentlich abhängen soll. Bisher gab es hier nur zwei Parteien, Republikaner und Demokraten. Wie es scheint, soll Amerika nun noch eine dritte politische Partei bekommen, die Partei der Progressisten, die die Kandidatur La Follette aufstellte und die die Stimmen der Farmer und Arbeiter auf sich vereinigen soll. Doch für eine proletarische Massenpartei nach deutschem Muster reicht es hier noch lange nicht.

An das politische Leben und Treiben in Amerika darf man nicht einen europäischen Maßstab anlegen. Das politische Leben hier ist für uns Europäer nicht sehr anziehend. Alles versumpft hier in den „Logen" und „Orden", deren es zahlreiche gibt. Ueber die ungeheure politische Korruption, die wie die jüngsten Enthüllungen über den Ölskandal, die Filmfrage, die Frage der Prohibition und andere Dinge beweisen, bis hinauf zu den höchsten Stellen anzutreffen ist, werdet ihr wohl schon manches gelesen haben. Ich möchte mir dieses Urteil erlauben: Die tatsächlich unpolitischen Gewerkschaften Amerikas sind der Fluch dieses Landes!

Wer von euch sich in die amerikanische Geistesverfassung hineindenken will, der lese die „Plauderecke", die einen Bestandteil der hiesigen Zeitungen bildet. Die geistige Verflachung ist einfach beschämend. Dabei sind auch die deutschsprachigen Zeitungen nicht ausgenommen. Die in früheren Jahren eingewanderten Deutschamerikaner finden das in Ordnung und finden die blödsinnigsten Dinge diskutabel.

Es fehlt hier vor allem ein festes, bleibendes Ziel, an dem allein schon der Mensch reich wird, wenn auch nicht in Dollar und Cents. Hierzulande heißt Ziel, Weltanschauung, Kampf und Lebenszweck, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft —: Geld und immer nur Geld! In Geld erschöpft sich jedes Streben des Durchschnittsamerikaners. Mehr und etwas anderes als Geld gibt es hier nicht. Hinter dem Dollar ist die Welt mit Brettern vernagelt. Dem Amerikaner fällt es immer noch nicht ein, einmal hinter die Bretterwand zu sehen. Soweit man hier von Kampf reden kann, handelt es sich nur um Geld. Es fehlt ganz der Drang und das Streben nach einem höherstehenden Menschentum, zum Edlen und zu einer besseren Gesellschafts- und Wirtschaftsform. Es fehlt der innere Trieb, der rein und gut wenigstens im Kern der deutschen Arbeiterbewegung steckt, und diese, für die ganze Welt ein Vorbild vorwärts treibt.

Diese fundamentalen Kampfziele sind es, die den Riesenkampf der deutschen Arbeiterschaft veredeln und allgemein gesprochen, auch die Menschen edler und reiner machen. Der Mangel dieses Weltideals ist es auch, was den amerikanischen Arbeiter geistig niederhält, ihn in allem seinen Tun und Lassen seelenlos macht. Kameradschaftlichkeit, Solidarität und Aufopferung fehlen hier fast gänzlich. Ideale, Achtung und Charakter sind hier lächerliche Dinge. Wenn irgend einer auf Kosten eines anderen sich einen Vorteil verschaffen kann, und dieses tut, so gilt das hier als Selbstverständlichkeit.

In den Betrieben ist man nur eine Nummer, nur Maschine, weil die geistige Verbindung fehlt. Die einigende Weltanschauung, die geistige Regsamkeit, das gemeinsame Innenleben, von dem man in Deutschland reden kann, fehlt der Arbeiterklasse hier noch sehr. Kollegen in Deutschland! Seid daher stolz auf eure deutsche Arbeiterbewegung, wie ich es bin und immer sein werde! Diese Erinnerung und der Glaube an diese heilige Sache ist das beste und teuerste, was ich aus Deutschland mitgenommen habe. Alle, die ich hier kennen lernte, die in den letzten Jahren erst eingewandert sind, teilen mit mir die gleiche Ansicht. Häufig bei dieser oder jener Gelegenheit hört man sie bemerken: „So etwas gäbe es ‚draußen' doch nicht!" Vielen „Grünhörnern" (so nennt man die Neulinge in Amerika) steht Amerika bis an den Hals. Wenn sich Grünhörner treffen, so ist die erste Frage: „Wann fährst du zurück?" Vorige Woche fuhr ein Bekannter zurück und im Herbst wollen auch wieder welche meiner Bekannten fahren. Einige davon wieder nach Pirmasens und nach München. Die „Grünhörner" stehen auch bei den alten Deutsch-Amerikanern aus den achtziger bis neunziger Jahren vorigen Jahrhunderts nicht gut. Viele von ihnen haben immer noch das alte Deutschland im Kopf und können die „Neudeutschen" einfach nicht begreifen und so bildet sich nachgerade eine gewisse Verachtung und Haß gegen die „Grünhörner" heraus. Diese Leute schon sehen in uns die Besserwisser, von den 100prozentigen Vollblut-Amerikanern oder den verschrobenen Ku-Klux-Klans ganz zu schweigen.

Ueber die Organisationsverhältnisse sei folgendes gesagt. Die Hauptorganisation in der Schuhindustrie ist die „Amerikan Shoe Workers Protective Union" oder kurz gesagt, die Fabrikanten-Union. Landläufig so genannt, weil ich und alle, die in den Betrieb Arbeit gefunden haben, ihr angehören müssen auf Grund von Abmachungen mit den Fabrikanten. Wer nicht im Verband ist, darf nicht eingestellt werden. Wir zahlen 25 Cents Beitrag pro Woche. Arbeit erhält man in der Regel nur durch die Union. Der Eintritt in diese kostet 10 Dollar. Die Organisation bildet zugleich den Arbeitsnachweis für die Fabrikanten. Wer Arbeit sucht, muß zur Union gehen und zwar Punkt 8 Uhr morgens. Man erhält, wenn eine Stelle vorhanden, einen Ausweis und in der Regel nur mit einem solchen Ausweis kann man Arbeit erhalten. Wer dann im Laufe des Tages im Betrieb ankommt, erhält Bezahlung für den ganzen Tag. Wie es heißt, gibt es in Brooklyn auch einige sogenannte offene Betriebe (Nicht Union Shops). Es soll auch noch mehrere kleine Arbeiterorganisationen geben, die bedeutendste ist aber die Union,

vorliege, könne doch gesagt werden, daß sie zu einem hohen Prozentsatz durchgeführt werden wurde. Auch das Neugeschäft beginne sich trotz der erheblichen wirtschaftlichen Hemmungen langsam zu entwickeln. Die Generalvorversammlung genehmigte die Bilanz für das Geschäftsjahr 1923, gewährte die beantragte Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat und genehmigte die Auflösung der Eröffnungsbilanz per 1. Januar 1924. Das Grundkapital von 5 Millionen Mark wurde auf Grund der Verordnung über Goldbilanzen vom 28. Dezember 1923 im Zusammenhang mit den Durchführungsbestimmungen im Verhältnis von 10 zu 1 derart umgestellt, daß das Grundkapital von 5 Millionen Mark auf 500,000 Goldmark ermäßigt und zu diesem Zwecke der Nennwert einer jeden über 1000 ℳ lautenden Aktie auf 100 Goldmark durch Umstellung der betreffenden Aktie entsprechend geändert. Entsprechend dieser Beschlüsse wurde der § 5 des Gesellschaftsvertrages abgeändert. Die Wahl von Mitgliedern des Aufsichtsrates wurde durch die Wiederwahl der turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder erledigt.

Sitzung des Verbandsbeirats.

Der neugewählte Verbandsbeirat war am 17. und 18. August in Nürnberg zu einer Sitzung versammelt, um seine Ansicht zu den vielen Vorschlägen und Abänderungen, über die der Verbandstag zu befinden haben wird, niederzulegen. Anderungen bedurften die Anträge, die auf Neugestaltung unseres Beitrags- und Unterstützungswesens hinauslaufen, einer genauen Nachprüfung, denn im stoffmachen kann nicht gesündigt werden. Beiträge und Leistung an in ein richtiges Verhältnis zu bringen, das dem Gedanken der Organisation fördernden ist, war bekanntlich der Hauptzweck der Anträge, die Abwägung der verschiedenen Möglichkeiten und der Vorschläge, die sie bieten, hat Wochenstunden haben kann. Beide Angelegenheiten werden zweckentsprechend in einem kleineren Beratungsausschuß, d. h. Arbeitsausschuß, gelöst. Der Beirat, dem bekanntlich eine Reihe neugewählter Kollegen angehören, nahm in der Beitragsfrage den Standpunkt ein, daß das Prinzip „ein Einheitslohn ein Verbandsbeitrag" streng beachtet werden muß. Bei Besprechung der Frage der Wiedereinführung der Unterstützungen wurde die derzeitige unmögliche Wirtschaftslage, der baldige Abbau des Tarifvertrages und die Notwendigkeit der Stärkung unserer Kampfmittel gebührend in Berücksichtigung gezogen. Uebereinstimmung herrschte über die Wiedereinführung der Arbeitslosen-, Umzugs- und Sterbeunterstützung. Die Wiederaufnahme der Krankenunterstützung wurde dagegen von der Gestaltung unserer Beitragsverhältnisse abhängig gemacht. Die Einzelheiten der Diskussion kann hier verzichtet werden, auch auf die eingehende Debatte zu den Anträgen betreffend den Reichsarbeitsvertrag, da beim Bericht über den Verbandstag ja wieder darauf zurückzukommen sein wird.

Eine längere Aussprache rief die Frage der Einmischung politischer Parteien in Gewerkschaftsangelegenheiten die in letzter Zeit manchmal Störungen hervorrief, hervor. Schaf gerügt wurde, daß über die Stellung der Zeitung des Beirates in Nürnberg, die über den sachlichen Berliner Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages zu entscheiden hatte, dem „Revolutionären Lederarbeiter" ein Bericht geliefert wurde, in dem die Widerlegung auf den Kopf gestellt wurde. Es könne über nur ein Vertrauensbruch sowie ein Verstoß eines Beiratsmitgliedes vorliegen. Bezüglich einiger Anträge betreffend die Haltung des „Schuhmacher" stellte der Redakteur fest, daß die betreffenden Artikel immer nur als Kurzdarstellung von Anträgen den außen sich notwendig gemacht haben. Der Verbandsvorstand sind gegen wenige Stimmen diesen Standpunkt durch Annahme folgender Resolution:

Entschließung zum Verbandstage.

„Der Verbandsbeirat hält die Anträge gegen die Schreibweise des Fachorgans für unberechtigt. Wenn es auch bedauerlich erscheint, daß Raum für Abwehrartikel verwendet werden muß, hält er es doch für notwendig, daß die Mitglieder über verbandsschädigende Absichten unterrichtet werden. Der Verbandsbeirat fordert, daß Verbandsorgan auch weiterhin der Verbandsarbeit des Vorstandes und Beirates, sowie den Interessen in energischer Weise vertritt und spricht dem Redakteur sein Vertrauen aus."

Auf die Stellungnahme des Beirats zu den Berichtsheften, dem Verbandstage vorliegenden Resolutionen betreffend Kurzarbeiterunterstützung, Sachverständigenangelegenheiten usw. wird beim Bericht über den Verbandstag zurückzukommen sein. Die Stellung der Regierung zur Kurzarbeiter belegt es der Verbandsbeirat bei dem bisher allseitigen Beschluß, daß

Arbeitslose, die noch 36 Stunden und mehr in der Woche arbeiten, den wollen, und solche, die weniger als 26 Stunden in der Woche beschäftigt sind, den halben (alle 14 Tage einen) Beitrag zu entrichten haben.

Bei Besprechung eines Antrages, Anstellung der Beamtenleiter durch den Zentralvorstand wird auf einen Fall hingewiesen, wo beim Beamtenleiter für die Wiederwahl drei Stimmen fehlten. Von 37 Delegierten hat er 17 auf sich vereinigt. Diese Abstimmungsverhältnisse ist auf die Dauer der Beamten nur selten geeignet, das Vertrauen zurückzuführen, die oder bei weitem nicht die Mehrheit der Mitglieder des Bezirks repräsentieren. Aus mehreren Fällen diesen sind Beamte wegen der Ablehnungsverhältnisse gewählt gelangt. Der Vorstand hat es abgelehnt, dem Beamtenleiter zu kündigen, weil hier ein terroristischer Akt wegen politischer Meinungsverschiedenheiten vorliegt, sondern sich ein früherer Beschlußbeschluß mit Entschiedenheit gewandt hat. Der Vorstand begründet seinen Standpunkt damit, daß keine Beschwerden wegen seiner Tätigkeit gegen den Beamtenleiter vorgebracht werden können. In der Diskussion vertraten einige Kollegen den formalen Standpunkt, dagegen betonte die Mehrheit der Redner, daß die Angestellte so verbohrt werden müßte, mit solchen Mitteln zu arbeiten. Es sei ein unerhörter Fall, wenn wir in der Tagesschrift als Arbeitsdreck nicht Gründe für etwaige Entschlüsse anführen wollten. Ganz richtig und ohne Verantwortung erscheine der Fall, daß man so, nach Hamburger Tätigkeit, jemand direkt maßregeln wolle. Gegen solche Maßnahmen wäre der Beirat entschieden, müsse einschreiten werden. Der Beirat beschäftigte eine Resolution, die die Grundlage für die parteipolitische Unabhängigkeit festlegt und eine solche, die die Betriebsräte in ihrem Verhältnis zum Verbande als Richtlinie setzen soll.

Zum Schluß kamen noch einige Wünsche zur Sprache, die allgemein mit Entschließung aufgenommen wurden.

Der „Revolutionäre Lederarbeiter", ein kommunistisches Blatt, welches ab und zu in den Betrieben zur Verbreitung gebracht wird, hat in letzter Zeit einen Briefkasten, der sich wenden dem Zentralvorstand und einer Zahl Ecke adressiert, veröffentlichen können. Auch ein Artikelchen des Verbandsausschusses ist in seinem Blatte zur Veröffentlichung gelangt. Jetzt will sich kein Mensch dazu bekennen, diese Schreiben jenem Blatte zur Verfügung gestellt zu haben. Der Verbandsbeirat verurteilte einmütig diese Vertrauensbrüche und macht es Mitgliedern und Angestellten zur Richtlinie,

daß derartige Verwendung von Verbandsdrucksachen, d. h. die Veröffentlichung derselben, auf das schärfste mißbilligt und als verbandsschädigender Vertrauensbruch

behandelt wird. Nach weiteren Beratungen über die gegenwärtige wirtschaftliche Situation, in welcher auf einige Anregungen und den Zudiskussion eingetragen wurde, war die Tagesordnung erschöpft und konnte die arbeitersche Sitzung geschlossen werden.

Kundgebungen gegen den Krieg.

Die „Gewerkschaftszeitung" vom 3. Mai 1924 veröffentlichte ein an die Arbeiter aller Länder gerichtetes Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in dem es heißt:

„Arbeiter! Kameraden aller Länder! Am dritten Sonntag im September dieses Jahres organisiert der Internationale Gewerkschaftsbund in allen angeschlossenen Ländern einen Anti-Kriegs-Tag. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale, die Genossenschafts-Internationale und die Sozialistische Jugend-Internationale werden diese Veranstaltung unterstützen.

Dieser Tag muß eine Heerschau werden für die internationale Friedensarmee! Mehr noch: er muß ein Warnungssignal für alle jene Mächte werden, die glauben, daß sie den unbeugsamen Friedenswillen der Völker ungestraft verhöhnen dürfen."

Die Art der Veranstaltungen ist den Ortsausschüssen der Gewerkschaften übertragen worden.

Wir fordern die Mitglieder auf, für diese Demonstration alles vorzubereiten, durch vollzähligen Aufmarsch zu den Veranstaltungen allerorts beizutragen, die Kundgebung zu einer wuchtigen Absage an die Kriegshetzer, zu einer kraftvollen Verurteilung des Kriegswahnsinns werden zu lassen.

Hört die Frauen!

Unser Wille zum Frieden muß ebenso stark sein, wie unser Wille zum Sieg. Der Gedanke muß von uns Besitz ergreifen, daß nichts Großes und Dauerndes aufzubauen kann, solange das Gespenst des Krieges den Horizont verdunkelt. Wir Mütter, denen der Krieg unsere Söhne, unsere Männer, Brüder und Väter raubt, müssen für den Kampf gegen den Krieg die nötige Kraft in unseren Herzen schöpfen. In Versammlungen, auf Konferenzen und Meetings kann der Wille zum Frieden nur manifestiert und nichts erreicht werden, was die Hindernisse aus dem Wege räumt, die sich der Verwirklichung unserer Hoffnung entgegenstellen. Es handelt sich darum, den Kindern Abscheu vor jeglichem Gemetzel einzuflößen und ihnen einen wirklich internationalen Geist beizubringen.

Wir müssen uns im tagtäglichen Kampfe auf gewerkschaftlichen und politischen Gebiet gegen die einzige große Kriegsursache vereinigen: den Kapitalismus.

Die Ihre des Vaterlandes braucht dabei nicht außerachtet, sondern sie muß verteidigt werden und wir müssen zusammenarbeiten, um jenes neue Vaterland zu schaffen, von dem Jaurès sagte, daß es nur durch die Arbeitskraft aller, den Zusammenschluß der Demokratie und die Gestaltung neuer Probleme durch die aufsteigenden Kräfte aller Nationen, d. h. durch die Weiterführung der Idee des Vaterlandes bis zur Idee der Menschheit verwirklicht werden kann".

Wir Frauen haben als Erzieherinnen die schöne Aufgabe. Sagt sie uns mit Gewissenhaftigkeit und Zuversicht erfüllen!

Hélène Brunlaux.

Vorsitzende des Internationalen Arbeiterinnenbundes.

Ich glaube, daß der Weltfriede nur gesichert werden kann, wenn die Anstrengungen aller Erzieher und Führer aller Länder auf den Kampf gegen die Aktion des Patriotismus gerichtet werden. Dadurch, daß wir die kommenden Generationen zum Frieden erziehen, erreichen wir, daß sich die ganze Menschheit gegen den Krieg wendet. Vor allem müssen sich die Frauen aller Nationen, die bei der Erziehung des Kindes das entscheidende Wort sprechen, unter allen Lebensumständen an diese gemeinsame und dringliche Arbeit machen, damit der Friede als Willenskundgebung aller Völker gesichert werde.

Jeanne Chevenard,

Pfarrerin für gewerkschaftliche Aktion Frankreich.

Nach dem Weltkrieg leben der Menschheit nur zwei Wege offen: der eine führt zu neuen Kriegen, der andere zur allgemeinen Abrüstung. Ein neuer Weltkrieg kann nichts anderes bedeuten, als das Ende unserer Zivilisation. Wer den Weg der allgemeinen Abrüstung gehen will, hat gegen Kapitalismus und Nationalismus und für den Sozialismus zu kämpfen. Auch die Frauen haben sich für den einen oder anderen Weg zu entscheiden.

Es gibt für sie nur den einen Weg: den heiligen Kreuzzug gegen den Krieg! Gilt euch! Denn schon werden die Giftgase für den nächsten Krieg hergestellt.

Frauen, die ihr in so vielen Ländern die politischen Rechte erobert habt, bedenkt, daß auch ihr jetzt für einen Krieg verantwortlich werdet. Setzt euch zum Zeitpunkt auf eure Würde besinnt, setzt nicht länger gedankenlos zu, wie der Jugend Nationalismus und Patriotismus eingepaukt wird. Erzieht eure Kinder zum Haß gegen den Brudermord.

„Es gibt nur ein Vaterland: unsere Erde! Es gibt nur eine Nation: die Menschheit!" Diese Parole eines neuen thüringischen Schulreformbuches muß uns in der Erziehung unserer Kinder leiten!

M. Wibaut, B. van Berlesem,
Bund sozialdemokratischer Frauen Holland.

Aus Beruf und Industrie.

In Amerika schlägt man Tamtam.

Die amerikanische Handelspolitik ist bekanntlich auf den Grundsatz eingestellt: „Amerika den Amerikanern". Insbesondere kommt dieser Grundsatz in zurzeit in den Abwehrungen gegen übermäßige Einwanderung zum Ausdruck. Besonders scharf wird gegen ausländisches Dumping Stellung genommen. Vor nicht zu langer Zeit hat man in New York gegen österreichische Schuheinfuhr und Verkaufspreise, die als „Dumping" angesehen wurden, recht Tamtam geschlagen, wobei, wie es scheint, auch einige Seitenhiebe auf Deutschland mit unterlaufen sind. Es hat sich aber herausgestellt, daß die einschlägigen Schuhe aus Wien und nicht auch aus Deutschland stammten.

Mehr noch wie in Amerika scheint man die deutsche Einfuhr in Kanada zu fürchten, einem Land, das sich bisher immer noch am stärksten gegen die Einfuhr deutscher Waren aufzulehnt hat. Immerhin hat sich in letzter Zeit hort die Einfuhr deutscher Artikel wie Stahlwaren, Aluminiumartikel, Chemikalien usw. durchsetzen können. Jetzt spricht man die Befürchtung aus, daß auch deutsche Schuhwaren — und zwar ungestempelt — über Englands auf den kanadischen Wirtschaftsmarkt kämen. Von einem Gewährsmann in Amerika werden wir auf einen Artikel des „Hamilton Herald" aufmerksam gemacht, in dem sich der Vorsitzende der kanadischen Schuhfabrikanten Mr. Killop bei der (englischen) Dominionsregierung über die „deutsche Konkurrenz" beschwert, gegen die man in Kanada nicht mehr aufkommen könne. In dem Artikel befinden sich unter anderem folgende Sätze:

„Deutsche Ware überschwemmt zurzeit den kanadischen Markt und ist billiger als die einheimische. Aus diesem Grunde sahen sich eine Reihe von Schuhmanufakturen gezwungt, ihre Fabriken zu schließen. Deutsche Schuhe gehen in halbfertigem Zustand nach England, werden dort zurechtgeschustert und kommen zollfrei, wo sie für den geringen Preis 64 Cents (in Goldmark etwa 2,70 ℳ) abgeliefert werden. Mit einer Schiffsladung wurden 80,000 Paar solcher Schuhe gebracht. Die Großhändler schrauben die Preise auf 1,20 Dollar hinauf und trotzdem erwies sich die Ware billiger als kanadische. (In Nordamerika z. B. kostet im Durchschnitt ein Paar Schuhe 5 Dollar.)"

Diese Ausführungen des Herrn Killop muten jedenfalls merkwürdig an. Daß es deutsche Schuhfabrikanten gibt, die in der Lage sind, Lederschuhe auch geringster Qualität zum Preise von 2,50 ℳ pro Paar im Auslande abzusetzen, ist uns sehr unwahrscheinlich. Es wäre einer Untersuchung wert, ob hier nicht vielleicht deutsche Hausschuhe oder Tuchschuhe mit amerikanischen Lederschuhen in Vergleich gestellt werden, was natürlich ein Unsinn wäre. Ob es Tatsache ist, daß deutsche Ware als Halbfabrikat nach England geht, dafür besitzen wir keine Anhaltspunkte; auf gute Lederware wird das wohl kaum zutreffen.

Wenn die kanadischen Schuhfabrikanten ihre Behauptungen mit Beweisen belegen können, so wäre das deutsche Vorgehen ungeheuerlich, es würde dann in der Tat auf Kosten der deutschen Arbeitskraft im Auslande Dumping getrieben, gegen das die deutsche Schuharbeiterschaft ganz energisch auftreten müßte. Aber wie gesagt, wir können zunächst daran nicht glauben. Nach unserem Ermessen bestand vor Jahresfrist während des Währungsverfalls ein natürlicher Anreiz zum Kauf in Deutschland; seit Monaten ist das aber anders geworden. Es müßte sich denn um ausländische Aufkäufer handeln, die jetzt bei stillgelegtem Geschäft Ramsch- und Stapelware billig aufzukaufen versuchen.

Die deutschen Arbeiter wenden sich entschieden gegen ein Dumping auf Kosten ihrer Arbeitskraft. Sie wünschen und fordern, daß für die Gewinnung von Absatzgebieten in der Hauptsache die Qualität, nicht aber der Preis der Ware maßgebend ist.

Sie sind aber auch der Meinung, daß der Welthandel möglichst frei von Hemmungen sein muß. Soweit ist die kapitalistische Entwicklung noch nicht fortgeschritten, daß die eigenen Länder imstande sind, ihren Bedarf durch eigene Produktion zu decken und die Zu-

---

Vom Versammlungsleben — Versammlungen sollen zweckmäßig spartenweise stattfinden — ist zurzeit recht wenig zu merken. Ueber neue Tarifverträge wird gegenwärtig zentral verhandelt. Die Arbeiter haben 10 Prozent mehr verlangt, dagegen wollen die Unternehmer den Lohn um 10 Prozent abbauen. Ueber den Ausgang der Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

Die Schuhindustrie ist hier eine für den Arbeiter am schlechtesten organisierte. Andere Berufe sollen zum Teil noch gut arbeiten. Die Arbeiterorganisation wird seltenmäßig betrieben, in manchen günstig gestellten Berufen mit Aufnahmegebühren bis zu 200 Dollar (einige Winter) sind Maßregeln (Aussperrungen) durchgeschlossen, d. h. sie nehmen für lange Zeit keine neuen Mitglieder mehr auf. Diese Berufe haben es auch auf 12 Dollar Mindestlohn gebracht.

In der Schuhindustrie haben wir schon das ganze Jahr den denkbar schlechtesten Geschäftsgang. Die Zeitlohnarbeiter gehen nach Hause, wenn sie wollen brauch. Es sind die Akkordarbeiter, die im Betrieb herumsitzen und warten, bis eine Bestellung kommt. Oft gibt es wochenlich nur 10—20 Arbeitsstunden und sogar noch weniger.

Wegen eines österreichischen Schuhvertrauts wurde hier kürzlich Lärm geschlagen. Es gab einige Tage Aufregung, dann war die Sache vergessen. Tatsächlich sind eine solche, die die Betriebsräte in ihrem Verhältnis zum Verbande als Richtlinie setzen soll.

Was die Arbeitsverhältnisse anbetrifft, so fehlt es an Arbeiterschutzbestimmungen sehr. Gesetze über Kündigungsfristen gibt es hier nicht. Der Personalwechsel ist sehr groß. Bei flottem Geschäftsgang werden zumeist soviel Leute einzustellt, wie man plazieren kann. In Bezug auf sanitäre Einrichtung und Reinlichkeit ist manches anzuführt, doch soll es auch lobenswerte Ausnahmen geben. Die Arbeitszeit ist 44 Stunden in der Woche, Arbeitszeiteinteilung: von 8—12 und 1—5 Uhr; Samstags ist mittags 12 Uhr Arbeitsschluß. Die Männer sind im Betrieb in der Mehrzahl, außer verhältnismäßig wenig Frauen trifft man auch nicht allzuviel Jugendliche. In der Stepperei arbeiten hier Männer, und so noch an mancher Arbeit, die in Deutschland Frauen- und Jugendlichenarbeit ist. Bemerken will ich, daß im allgemeinen das zu verarbeitende Material gut ist und man Sparsamkeit, wie in deutschen Betrieben, hier nicht kennt. Zuschneider müssen auch kalkulieren, aber mir ist bis jetzt kein Anstand bekannt geworden. Wie in unserer Fabrik, es ist eine deutsche Firma, verarbeiten sehr viel deutsches Leder. Lackleder ist fast ausschließlich aus Deutschland.

Ungut, vom Arbeiterstandpunkte besehen, ist das Akkordverhältnis. Einzelne Sparten befinden sich ganz in Händen von Italienern (Wenderei, die Stepperei in Händen von Juden usw. Es hält oft sehr schwer, in eine solche Sparte hineinzukommen bzw. es darin auszuhalten. Zufolge des Krieges leiden die Deutschen unter diesen Verhältnissen am schwersten. Einzelne Betriebe beschäftigen gar nur amerikanische Arbeiter. Die vielen Nationalitäten sind leider in den Betrieben das größte der Hindernisse für Kameradschaftlichkeit und Solidarität der Arbeiter. Ein halbes Dutzend Sprachen und mehr in den Betrieben ist keine Seltenheit.

Nun will ich noch einige Verdienste angeben, die erzielt werden, wenn voll gearbeitet wird. Wohlgemerkt beziehen sich die Verdienste auf Wochen, in denen (auch für Akkordarbeiter) genug Arbeit vorhanden ist und die 44 Stunden voll ausgenützt werden können.

Sogenannte „Minderleistungsfähige" (alte Leute mit ganz leichter und untergeordneter Arbeit — Ausklehren, Aufzugsdienen) erhalten in meinem Betrieb 17 Dollar pro Woche. Man hat auch Reparaturenschneider 35 Dollar, ein Zuschneider für Muster und Einzelpaare 32 Dollar. Zwei Mann, welche Verzierungen ausschneiden, bekommen 27 bzw. 32 Dollar, der Zutatenstanzer 25 Dollar. Unser Futterschneider, der, nebenbei bemerkt, Besitzer von zwei Autos ist, erhebt für je ein Paar Lederfutter für Damenhalbschuhe oder Spangenschuhe und Blattfutter 4 Cents, soweit einfache Arbeit in Frage kommt.

In der Stepperei (Männerarbeit) werden Verdienste in der Spitze bis zu 120 Dollar pro Woche erzielt. Im Durchschnitt dürften 50—60 Dollar im Akkord verdient werden. Ein Zeitlohnarbeiter ist vorhanden, der 72 Dollar erhält, ferner eine Frau, die 48 Dollar verdient. In der Wenderei, wo fast nur Italiener schaffen, sollen Verdienste von 100 Dollar keine Seltenheit sein. Fünfzig Dollar werden als der gerinafte Verdienst angegeben. Die Weiterabteilung soll jedoch nicht ganz auf diese Verdienste kommen.

Trotz der vielen Schattenseiten, die die Arbeit hier aufweist, steht eines fest: Der Lohn ist gemessen an der Kaufkraft, ein weit höherer als in Deutschland. Derjenige, der nur die Magenfrage lösen will, findet Erfüllung in Amerika. Wer aber noch Höheres vom Leben verlangt als Erfüllung von Geld- und Magenfragen, der bleibe lieber in Deutschland. Insbesondere möchte ich alle deutschen Arbeiter, und speziell die der Schuhindustrie, ermahnen, doch unter allen Umständen an ihrer organisation und guten Organisation festzuhalten, einig zu sein und zusammenzuhalten. Wenn die Organisation es nicht allen recht machen kann, so sorgt sie doch insoweit für jeden, als es die entgegenstehenden Schwierigkeiten erlauben. Man sündigt doch, die Organisation sorgt für jeden, und wenn es nur mit einem guten Rat ist.

Uns in Amerika geht das noch ab. Bitter schwer vermisse ich und andere diese gute Organisation. Kommt man in die amerikanischen Verhältnisse hinein, spürt man erst, woran es fehlt. Eine gut funktionierende Organisation ist in Amerika erst in einzelnen Berufen vorhanden, in vielen Berufen noch nicht an Ausbau gearbeitet werden. Das mögen sich die deutschen Arbeiter, wie gesagt, zur Lehre nehmen und sur sich die Nutzanwendung daraus ziehen."

Soweit die Ausführungen des betreffenden Kollegen, denen die Kollegen in Deutschland mit Interesse gefolgt sein werden. Wir wollen diesem Briefe nichts hinzufügen, sondern wollen ihn für sich wirken lassen. Nur eine Bemerkung sei an die Ausführungen angeknüpft: Die deutschen Schuhfabrikanten mögen uns mit einer Arbeitszeitverlängerung vom Halse bleiben, nachdem nun feststeht, daß die amerikanische Schuhindustrie mit der 44-Stundenwoche auszukommen vermag.

*

„Das ist New-York".

Der „Frankfurter Zeitung" wird aus New-York geschrieben: Als der demokratische Nationalkonvent vor zwei Wochen begann, brachte ein hiesiges Blatt folgenden kleinen Artikel: „Kennen Sie diese Stadt? Sie hat 5,600,000 Einwohner, von denen 2,000,000 im Auslande geboren sind. Sie weist mehr Italiener auf als Rom, mehr Irländer als Dublin, mehr Deutsche als Bremen und ein Zehntel aller Juden der Welt. Sie hat mehr Fernsprechanschlüsse als London, Paris, Berlin, Petrograd und Rom zusammengenommen. Sie hat fünf der größten Brücken der Welt, jede mindestens eine englische Meile lang. Jeden Tag sind 2000 Theater und Lichtbildbuden offen. Die Stadt hat 1560 Kirchen von allen Religionsgemeinschaften, die man sich denken kann. Der Steuerwert des Eigentums ist 8500 Millionen Dollar. Mehr als 300,000 Besucher kommen täglich in diese Stadt. Alle 52 Sekunden trifft ein Passagierzug ein. Eine Trauung findet alle 13 Minuten statt und eine Geburt alle 6 Minuten. Alle 10 Minuten wird ein neues Geschäft gegründet. Alle 51 Minuten entsteht ein neues Gebäude. — Das ist New-York."

fuhr aus anderen Ländern entbehren zu können. Nach einem Handelsbericht der „New-Yorker Staatszeitung" kommt Deutschland Kanada gegenüber als Großabnehmer in Betracht. Im Fiskaljahr 1923 hatte Deutschland von Kanada nur 51,000 Säcke Mehl eingeführt. Im Fiskaljahr 1924 erreichte diese kanadische Mehleinfuhr in Deutschland die Höhe von 1,986,000 Faß Mehl. Das ist ein Erfolg der kanadischen Mehlausfuhr überhaupt. Und diese Leistung wird dazu noch unter dem Schutzzollsystem erreicht. Jedenfalls lassen diese Ziffern es erwünscht erscheinen, daß ein gegenseitiger Austausch von Produkten zwischen beiden Ländern fest Fuß fassen möge. Der Exportindustrie aller Länder stehen noch weite Ausdehnungsmöglichkeiten zu Gebote.

Es kann festgestellt werden, daß die amerikanische Schuhausfuhr nach Europa nach dem Kriege gewachsen ist. Der deutsche Schuhexport ist heute noch nach der Ausfuhrstatistik im Verhältnis zur Gesamtproduktion nicht sehr bedeutend. Es wäre sehr erwünscht, wenn die von den kanadischen Schuhfabrikanten angeschnittene Sache öffentlich aufgeklärt werden könnte.

Amsterdam und Moskau.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß in Wien hatte folgende Resolution beschlossen:

„Nach Kenntnisnahme des Berichtes über die Unterhandlungen zwischen dem Bureau und dem allrussischen Gewerkschaftsrat, spricht der Kongreß sein Bedauern darüber aus, daß die russischen Gewerkschaften infolge ihrer Weigerung, die von den autorisierten Vertretern der bedeutendsten Gewerkschaften der ganzen Welt anerkannten Statuten und Verfassungsbestimmungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes anzuerkennen, noch immer dem J. G.-B. fernbleiben.

Der Kongreß empfiehlt dem Bureau, insoweit es möglich sein wird, ohne die Würde des J. G.-B. zu verletzen, seine Bemühungen fortzusetzen, um die Einverleibung der russischen Gewerkschaften auf Grund der Statuten und Bestimmungen des J. G.-B. in die internationale Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen."

Auf ein daraufhin am 16. Juli bezüglich der Einverleibung der russischen Gewerkschaften nach dort gerichtetes Schreiben hat der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam folgende Antwort erhalten:

Allrussischer Gewerkschaftsrat.

Moskau, den 26. Juli 1924.

Genossen.

Wir sind im Besitze Ihres Briefes vom 16. ds. und vernehmen mit größter Genugtuung, daß der Internationale Gewerkschaftsbund die organisatorische Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung wieder herzustellen wünscht.

Die Einheit ist von größter Wichtigkeit und wir sind aufs tiefste davon überzeugt, daß der immer schärfere Kampf zwischen Arbeit und Kapital nur isoliertes sein kann, wenn die Kräfte der wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zusammengefaßt werden und die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung hergestellt wird. Der All-Russische Gewerkschaftsrat ist gerne bereit, alle Maßnahmen zur Herstellung der Einheit zu treffen.

Wir können Ihnen jedoch nicht verhehlen, daß Sie mit Ihrer Anfrage betr. unsere Einwilligung in Unterhandlungen auf der Grundlage der in der Resolution des Wiener Kongresses niedergelegten Prinzipien von unrichtigen Gesichtspunkten ausgehen.

Unser Wunsch, die Einheit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung wieder herzustellen und alle unsere Energie zur Erreichung dieses Zieles zu verwenden, kam in unserem Telegramm an Genossen Bureau klar zum Ausdruck und liegt auch diesem Briefe zugrunde. Wir glauben, daß es sich zunächst darum handeln muß, die Bedingungen für die Einheit zu besprechen. Wenn die Annahme der Statuten Ihrer Internationale als Vorbedingung aufgestellt wird, so widerspricht dies dem Charakter der kommenden Verhandlungen und dem Zweck der Einheit.

Wenn Sie sich engehalten der Resolution des Wiener Kongresses als gebunden betrachten, so sind wir russischen Verbände als Teil der Roten Gewerkschafts-Internationale ebenfalls gezwungen, die Beschlüsse unserer All-Russischen Gewerkschaftskongresse und des Kongresses der Roten Gewerkschafts-Internationale einzuhalten. Im Hinblick auf diese Sachlage und vom Wunsche beseelt, eine Grundlage für gemeinsame Verhandlungen zu finden, die unserer Ansicht nach am zweckdienlichsten zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und Kontakt der beiden nun getrennten Teile der internationalen Gewerkschaftsbewegung führen werden, betrachten wir die Besprechung der beschlüsse beider Internationalen auf der Basis gegenseitiger Gleichstellung und gegenseitigen Interesses als Ausgangspunkt der Unterhandlungen.

Indem wir die Einheit in der internationalen Gewerkschaftsbewegung über jede formale Erwägung stellen und im Glauben daran, daß die Einheit jedenfalls durch unsere Besprechungen und sachlichen Unterhandlungen gefördert würden, hatten wir es für richtiger und gerechter, ohne Vorbedingungen zusammenzutreten.

Wir sind bereit, mit Ihnen nach Wunsch zu einer Sitzung zusammenzutreten und möchten angesichts der zur Neige gehenden Zeit nur vorschlagen, daß die Zusammenkunft nicht früher als 14 Tage nach Eintreffen Ihrer Antwort anberaumt wird. Als Verhandlungsort geben wir London oder Berlin in Erwägung.

Mit revolutionären Grüßen.

Für den Allrussischen Gewerkschaftsrat:
Vorsitzender: (Ss.) M. Tomski.
Sekretär: (Ss.) N. Dogadow.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigen, worüber wir seinerzeit berichten werden. Der dritte Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale in Moskau hat die Frage „Der Kampf um die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung" als besonderen Punkt behandelt. Ob aber russischerseits wirklich die Absicht zu einer Annäherung besteht, ist noch abzuwarten. Von Interesse ist jedenfalls folgende Mitteilung der Pressekorrespondenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam:

(J. G.-B.) In den Ausführungen der Referenten und der anderen Diskussionsredner auf dem Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale wurde immer wieder mit der englischen Gewerkschaftsbewegung und einzelnen englischen Führern kokettiert, man hatte die Hoffnung, unter Umgehung des J. G.-B. mit den englischen Gewerkschaften zu einer Verständigung zu kommen. Umso interessanter ist, was die Rote Gewerkschafts-Internationale ihren eigenen Organisationen vorschreibt:

„Da der Kongreß die Interessen der internationalen Arbeiterbewegung und die Verwirklichung der Einheit den Fragen formeller Natur voranstellt, sollen einzelne gewerkschaftliche Organisationen, die der Roten Gewerkschafts-Internationale angehören, keine Gelegenheit zu Verhandlungen mit der Amsterdamer Internationale oder mit einzelnen Teilen von ihr über die Verwirklichung der Einheit und der Einheitsfront vorübergehen lassen, jedoch mit jedesmaliger Genehmigung der R. G.-I. und unter ihrer Leitung.

Der Kongreß ist einmütig der Ansicht, daß jeder entscheidende Schritt von internationaler Bedeutung, den eine der R. G.-I. angeschlossene Organisation unternimmt, nur mit Sanktion und unter Leitung der R. G.-I. geschehen darf."

Es ist nicht davon zu sprechen, schreibt hierzu der Internationale Gewerkschaftsbund, daß die der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Organisationen freiwillig dieselbe Disziplin üben werden, die die R. G.-I. ihren Organisationen vorschreibt.

Aus der Weltwirtschaft.

Die Weltwirtschaftskrise.

Eine besondere Eigentümlichkeit der Nachkriegsentwicklung der Weltwirtschaft besteht darin, daß sich in ihr ein einheitliches Konjunkturbild nicht ausprägt. Krise und Konjunktur nehmen in den einzelnen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten ihren Anfang und ihr Ende. Zur Zeit der großen Wirtschaftskrise in Amerika gab es eine Hochkonjunktur in Deutschland (Inflationskonjunktur), und umgekehrt begann die deutsche Wirtschaftskrise im vorigen Jahr zur Zeit der amerikanischen Hochkonjunktur. Im laufenden Jahr gestaltet sich das Bild noch verwickelter, indem innerhalb der einzelnen Länder die Schwankungen der Konjunktur, ihr Auf und Ab von Monat zu Monat wechseln. So kann man für die ganze Weltwirtschaft gültige Feststellungen nur schwer machen. Für den Monat Juni kann man trotzdem von einer weiteren Verschlechterung der Lage der Weltwirtschaft sprechen. In diesem Monat hat sich die wirtschaftliche Lage der meisten großen Industrieländer verschlechtert. Dies muß sich früher oder später auch auf den Handelsverkehr der kleineren, auf Warenausfuhr angewiesenen Staaten — wie Holland, die Schweiz, die Tschechoslowakei, deren Wirtschaftslage sich in letzter Zeit befriedigend gestaltet hat — ungünstig auswirken. Insbesondere war die Entwicklung des Wirtschaftslebens in den Vereinigten Staaten und in Deutschland sehr ungünstig, außerdem wurde die latente Krise Englands, die in den vorangegangenen Monaten bereits eine Wendung zum Besseren zeigte, wieder in ihr früheres Stadium zurückgeschoben. Die Geld- und Kreditkrisen in Polen, Oesterreich und Ungarn dauern unverändert fort.

Die amerikanische Wirtschaftskrise und Europa. Die in den Vereinigten Staaten eingetretene Wirtschaftskrise hat weittragende Folgen für Europa. Es werden überschüssige Kapitalien freigesetzt, die in der amerikanischen Volkswirtschaft nicht untergebracht werden können. Daher die erhöhte Bereitwilligkeit des amerikanischen Finanzkapitals, europäische Anleihen zu gewähren. Die in der Tagespresse lesbaren großmütigen Versprechungen in bezug auf eine Finanzhilfe Amerikas lassen sich aus dieser Tatsache erklären. Die Anleihe soll aber auch aus einem anderen Grunde gewährt werden. Die amerikanische Finanzwelt ist endlich zur Ueberzeugung gelangt, daß die Kaufkraft der europäischen Völker, insbesondere die Deutschlands, gehoben werden muß. Auch dies hängt mit der amerikanischen Wirtschaftskrise zusammen, die der amerikanischen Industrie und Landwirtschaft die Jagd nach den Absatzmärkten aufzwingt. Sie wollen wieder mehr an Europa verkaufen, ohne von ihm kaufen zu müssen. Diesbezüglich sind bereits die letzten Ziffern lehrreich. Die amerikanische Ausfuhr nach Europa brutto sich für das Fiskaljahr 1923/24 auf rund 4½ Milliarden Dollar belaufen. Das wäre um 200 Millionen mehr als im Jahre 1922/23, die Einfuhr der Vereinigten Staaten aus Europa dagegen um rund 100 Millionen zurückgegangen sein wird. Bereits in diesen Ziffern kommt das Absinken der Hochkonjunktur zum Ausdruck. Die amerikanische Ausfuhr nach China, Australien, insbesondere aber nach Japan, das infolge des Erdbebens große Bestellungen in Amerika machte, hat sich im letzten Jahre gewaltig entwickelt, während die Vereinigten Staaten in diesem Jahre bedeutend weniger aus diesen Ländern gekauft haben als ein Jahr zuvor.

Die Wiederaufbaukonjunktur in Frankreich ist zu Ende. Mehr als 100 Milliarden hatte die französische Regierung für Wiederaufbauzwecke verwendet. Die zerstörten Fabrikanlagen wurden sämtlich neugebaut, ja in verbesserter Form und auf der höchsten Stufe der modernen Technik wiederhergestellt. Die kleinen Leute aber, deren Wohnhäuser und Werkstätten zerstört wurden, warten bis heute auf den Wiederaufbau. Am Anfang des Jahres wurden 25,000 völlig zerstörte und 35,000 stark beschädigte Häuser vom Wiederaufbauplan gestrichen, es harren aber noch Hunderttausende des Wiederaufbaues. Die Regierung hat die hiezu nötigen Summen durch Anleihen, die sie selbst ausleate oder aber garantierte, beschafft. In der letzten Zeit ist aber infolge der Geldentwertung und dauernder Schwankung des Geldwertes das Vertrauen der Anleihezeichner erschüttert. Auch ist es möglich, daß das reaktionäre Großkapital die gegenwärtige Regierung sabotieren will. Es entstand eine große Kreditkrise für den Staat, der auf neue Anleihewege kein Geld mehr erhalten kann. Dies führte zur Verlangsamung, vielfach zur vorläufigen Einstellung der Wiederaufbauarbeiten. Viele tausende Bauarbeiter wurden bereits entlassen. Das Aufhören der Baukonjunktur hat auch die anderen Industrien in Mitleidenschaft gezogen. Zu gleicher Zeit hat sich auch der Ausfuhrhandel Frankreichs verschlechtert; im Monat Juni hatte Frankreich im Gegensatz zu den früheren Monaten eine starke passive Handelsbilanz. So wird auch Frankreich, das einzige Industrieland der Welt, das seit dem Kriege — von den ersten Monaten der Demobilisation abgesehen — unausgesetzt eine gute Konjunktur hatte, wahrscheinlich in die Weltwirtschaftskrise hineingerissen.

Wohin?

Melodisch murmelnd schlängelt sich ein Bächlein durch das
Grün der Auen —
Durch den buntgewebten Teppich der Natur.
Während meine Augen alles Schöne schauen,
Folg' im Geiste ich des Bächleins Spur — — —

Rastlos plätschernd eilt es seine Bahnen,
Will zum Ziele! Ist sein einz'ger Sinn;
Ja, trotz Hindernis und Sturmesmahnen
Läßt es sich nicht stören, weiß wohin. . . .

In dem großen Heer der Arbeitssklaven
Herrscht Gehetze, Zwietracht und Geschrei,
Tiefes Jammern über Pfeife, die nicht trafen —
Knauer Hab ist Kampfesmelodei.

In zwei Lagern zweierlei Allüren,
Göpe Streit sitzt fröhlich mitten drin.
Hat ein leichtes, mühelloses Führen,
Daß mein Herz die Frage quält: „Wohin?"

Pankraz Friedrich, Nbg.

Pflicht!

Pflicht! Etwas, das hart auf dem Proletariat lastet. Wohl weiß der Proletarier, daß stets Pflichten zu erfüllen sind, aber er weiß auch, daß Pflicht nicht immer Zwang, Druck und Hetz zu sein braucht. Ja, er weiß, daß Pflicht sogar Freude sein kann. Und wenn sich das Proletariat aus seiner Not heraus zu seinen großen gewerkschaftlichen Kampfverbänden zusammenschließt, so ist das bei vielen Massen nicht nur eine nüchterne Spekulation auf materielle Vorteile, sondern am Ende zugleich der natürliche Ausfluß eines gesunden Trotzes gegen dieses Sklavenleben, zu dem der Kapitalismus die Pflicht erniedrigt hat.

Der gewerkschaftliche Kampf bedeutet damit im tiefsten Grunde eine praktische Revolutionierung der ethischen Begriffe, in denen unsere Zeit erstarrt ist. Im satten Besitztum, da verben sich Gesetz und Sitte wie eine ewige Krankheit vor". Das Proletariat stemmt sich in seinen Kampfverbänden gegen diesen Wust des alten Moders an. Es lehnt sich auf gegen die erstarrte Zivilisation mit ihren rohen sittlichen Begriff. Es erzwingt sich als sittlichen Gedanken seines Kampfes eine neue praktische, eine soziale Ethik.

Es ist nicht Pflicht, den ganzen Tag nur an Brot und Kleidung zu denken; es ist nicht Pflicht über die Tagesarbeit und die ewigen Sorgen den Frühling zu vergessen; es ist nicht Pflicht, die Kinder begeistern zu lassen ohne jede erziehende Kultur, und nur ab und zu einmal an Feiertagen zu fühlen, daß man eigentlich Mensch ist.

Aber eine große Pflicht gibt es, nämlich die Pflicht, zu kämpfen gegen diesen Kapitalismus, der das ganze sittliche Leben einfach vergiftet hat.

Gewiß gibt es Pflichten zu allen Zeiten, doch sittlich ist nur die Pflicht, die ein freier Dienst ist am gemeinsamen Ganzen, die ein Dienst ist an der „großeren Macht der Liebe", wie Goethe die höhere soziale Pflicht so schön nannte.

Sie mögen sich alle erhaben dünken, diese satten Pharisäer unserer Tage: aus dem von ihnen als ungeistig so verurteilten Kampfe des Proletariats heraus erblüht eine neue sittliche Kultur, und um so leuchtender wird einmal aus dem Schutt der zerbröckelnden Zivilisation unseres Heute heraus der Frühling strahlen, je bewußter das Proletariat diesen seinen wirtschaftlichen Kampf erfüllt mit dem Erleben der ganzen sittlichen Größe seines proletarischen Glaubens.

Mitteilungen.

Liebe.

Eine hiesige Firma ging soweit dazu über, einen Metzger von auswärts anzustellen. Dieser „herr Meister", wie er sich angeredet wissen will, scheint sich bei der Firma „Lieb Kind" machen zu wollen. Allem Anschein nach verfolgt derselbe, bestimmte Arbeitergruppen bei der Firma in Mißkredit zu bringen. Einer Arbeiterin gegenüber verlieh er sich sogar zu dem Ausspruch: „Ich werde Sie schon züchtigen!" (Das ist so ein recht netter Ton, der da gegen Arbeiter anaeschlagen wird. — D. Red.) Dem „Herrn Meister" möchten wir raten, darüber nachzudenken, daß er es bei Arbeiter eine Würde kennt und nicht den Boden abknutschen wird, wenn a. M. ohne durch die Vorkommnisse der letzten Zeit in der hiesiger Schuhindustrie die Arbeiterschaft erkennen, daß sie nur durch die geschlossene Front der Organisation Anstellen und Annahmen, den weicher Seite sie auch kommen mögen, gewachsen ist und ihren Widersachern die adäquate Antwort zu erteilen vermag.

Hamburg (Versammlungsanzeige).

Für das Winterhalbjahr ist das Versammlungswesen wie folgt geregelt. Es finden regelmäßige Veranstaltungen statt:

Jeden 1. Montag im Monat: Sitzung der Betriebsräte im Bureau.

Jeden 2. Montag im Monat: Versammlung der Sektion der erstklassigen Arbeiter im Klubzimmer 1 des Gewerkschaftshauses.

Jeden 3. Mittwoch im Monat: Versammlung der Sektion der Fabrikarbeiter im „Hütmann Hotel".

Jeden letzten Montag im Monat: Allgemeine Mitgliederversammlung im oberen großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Literatur.

Auguftnummer des „Kulturwalter" ist erschienen und diesmal noch mehr als sonst lohnt es zu beachten. Sie ist als Festnummer zur ersten Reichstagung in Leipzig gedacht und gibt in gebräuchter Form einen sachgedrängten Abriß der geistigen Kulturorganisationen der Arbeiterschaft durch Aufsätze darin führender Genossen. Daneben enthält sie noch verschiedene Mitteilungen über Fragen der Arbeiterkultur in Artikeln wie: Kl. Senkrupp und Kultur, von Max Adler, Volksbildung oder Kulturerziehung von Engelbert Graf, Die Kultur des Proletariats von M. Tesl. Auch dieser Nummer wird der „Kulturwalter" des Organ der ehemaligen Schüler von Tivo und bringt eine eigene Rubrik: Aus Arbeiterbildungskreisen. 32 Seiten stark in Quart kostet diese Sondernummer nur 20 G., Sonderabonnement unter Kreuzband vorerst 1,50 ℳ. Erschienene Nummern werden nachgeliefert. Bestellungen durch Postkarte an das KBJ., Leipzig, Braustraße 17.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Vom 24. Aug. bis 30. August 1924 ist der **35.** Beitrag fällig.

Anzeigen

Perfekter Maschinen-Zwicker
für Mac-Kay sofort gesucht
Lingemann & Co., Schuhfabrik, **Cassel**
Mönchebergstraße 20.

Schuhfabrik
sucht zum sofortigen Eintritt
Maschinenüberholer
W. Krippendorf & Söhne, Nürnberg, Friedrichstraße 59.

Von größerer rheinischen Schuhfabrik wird zum 1. Oktober ein tüchtiger, älterer, energischer
Stanzer
gesucht, der über gute Bodenlederkenntnisse verfügt. Der Betreffende muß ein energisches zielbewußtes Auftreten haben und ist ihm Gelegenheit gegeben in kurzer Zeit zum Untermeister befördert zu werden.
Ausführliche Offerten mit genauer Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Familienverhältnisse unter Chiffre B. 22.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Lothringer Straße 83
Generalvertretung der Firma Johannes Haag Söhne, Lautlingen, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.
Amtliche Verkaufsstelle für Hand- u. mechan. Arbeit.
Spez.: Echt Schwedische Messer, Marke „Hasklig".
Original-Ersatzteile für Nähmaschinenbetrieb. — Höchstrabatt Bonnement.

Zum sofortigen Eintritt und für dauernde Beschäftigung suchen wir einen perfekten
Durchnäher.
Schuhfabrik
Germann & Grözinger
Leonberg (Württbg.)

Achtung! Neuheit!
Almaca-Kleber
(patentamtlich geschützt)
Bester Gummischuhen u. Absatz Kleber ½ kg Dose 2.50 Mk. Versand bei 3 Dosen Nachnahme.
Händler Sonderofferte. Vertreter gesucht für einige freie Bezirke.
Chr. Ottersbein, Cassel
Druselgasse 5.

Erstklassiges
Fahlleder
liefert
A. Weiser, Stargard i. Pom.
Bahnhofstraße 17.

Bücher, Winkel, Zirkel, Messer z. Kodell. Liste 6 gegen Rückporto.
H. Franke, Artern 17.

Nachträglich die
herzlichsten Glückwünsche
unserem Kollegen Willy Fuchs und seiner lieben Braut Else Grafe zu ihrer am Sonnabend, 9. August, stattgefundenen Hochzeit.
Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Göttingen.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. Nürnberg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (J. Simon) Nürnberg, Essenweingstraße 4.